

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

12.08.2022

Inhalt

EWN

1 Schwesig möchte Energiekrise mit Rettungsschirm bewältigen <i>nordkurier.de, 11.08.2022</i>	3
2 West-Ost-Gefälle beim Einkommen auch in MV <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 12.08.2022</i>	4
3 Umweltverbände kündigen Klagen bei Laufzeitverlängerung an <i>Energie & Management powernews, 11.08.2022</i>	5

Schwesig möchte Energiekrise mit Rettungsschirm bewältigen

MV-Ministerpräsidentin Schwesig plädiert auf einen Rettungsschirm wie in der Corona-Pandemie – sie möchte die Energiekrise dämpfen.

Schwerin. Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) hat sich für einen gemeinsamen Rettungsschirm von Bund und Ländern ausgesprochen, um die Folgen der Energiekrise zu dämpfen. „Wir müssen darauf achten, dass wegen dieser Krise weder die Verbraucher noch die Wirtschaft unter die Räder kommen“, warnte sie am Donnerstag bei einer Wirtschaftskonferenz in Rostock. „Die ersten Vorschläge des Finanzministers (Christian Lindner) für eine Steuerentlastung gehen sicher in eine richtige Richtung.“ Notwendig sei aber ein Rettungsschirm wie bei der Corona-Pandemie oder in der Bankenkrise, um in Härtefällen zu helfen.

Ein Rettungsschirm wie bei der Corona-Pandemie

Dies sei ihr Wunsch an die Bundesregierung – und Mecklenburg-Vorpommern sei bereit mitzuhelfen. Es sei klar, dass Bürger und Unternehmen stärker belastet würden. „Diese Belastung darf aber nicht zur Überlastung werden“, warnte sie. Mit Blick auf die Energie-

versorgung machte Schwesig klar, dass man nicht wegen Putin auf russisches Gas gesetzt habe, sondern weil dieses Gas sicher und preiswert angelandet sei. Wegen des brutalen Angriffskrieges auf die Ukraine sei Russland kein verlässlicher Energieversorger mehr.

Russland ist kein verlässlicher Energieversorger mehr

Die massiv gestiegenen Energiepreise gelten als ein wesentlicher Treiber der Inflation. Bundesfinanzminister Lindner hatte am Mittwoch in Berlin steuerliche Pläne für einen Ausgleich der höheren Lebenshaltungskosten vorgestellt. Nach seinen Angaben würden 48 Millionen Menschen davon profitieren. Durchschnittlich läge die Entlastung bei 192 Euro. Lindner sprach von einer Steuersenkung in Höhe von mehr als zehn Milliarden Euro. Nach Ansicht von Kritikern werden damit hohe Einkommen besonders stark entlastet und weniger Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen.

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 12.08.2022 | S. 13-SEITE 13

📄 Auflage: 19.084 | Reichweite: 37.417

👤 dpa

West-Ost-Gefälle beim Einkommen auch in MV

Schwerin. Die Nähe des Wohnorts zu Wirtschaftszentren ist auch in Mecklenburg-Vorpommern entscheidend für das Einkommen. So verzeichneten die Bewohner des Landkreises Ludwigslust-Parchim, von denen viele zur Arbeit Richtung Hamburg pendeln, mit durchschnittlich 22 097 Euro pro Kopf das höchste verfügbare Jahreseinkommen im Land.

Das waren zehn Prozent mehr als die Menschen im Landkreis Vorpommern-Greifswald, für die das Statistisches Landesamt mit 20 089 Euro den niedrigsten Wert berechnete. Die gestern in Schwerin veröffentlichten Daten beziehen sich auf das Jahr 2020, neuere Erhebungen liegen noch nicht vor.

Über das zweithöchste Einkommen im Land verfügten die Einwohner des Landkreises Rostock (22 021 Euro),

die von der Unternehmensdichte in und um Rostock profitieren dürften. Über weniger Geld verfügten insbesondere auch noch die Menschen in den Kreisen Vorpommern-Rügen und Mecklenburgische Seenplatte.

Im Landesdurchschnitt erreichte das verfügbare Jahreseinkommen 21 162 Euro. Das waren 89,1 Prozent des Bundesdurchschnitts, den das Statistische Landesamt mit 23 752 Euro bezifferte. Wie aus den Daten weiter hervorgeht, hat sich das verfügbare Einkommen im Nordosten seit dem Jahr 2000 fast verdoppelt, doch schwächte sich der Anstieg 2020 Corona-bedingt merklich ab. Das verfügbare Einkommen gibt an, wie viel Geld durchschnittlich jedem Einwohner einer Region für Konsum und Sparen in einem Jahr zur Verfügung steht.

Umweltverbände kündigen Klagen bei Laufzeitverlängerung an

Ein Bündnis von Umweltverbänden droht damit, im Falle einer Laufzeitverlängerung der verbliebenen deutschen Kernkraftwerke den Atomausstieg gerichtlich durchzusetzen.

Der Bund Naturschutz in Bayern, Greenpeace und das Umweltinstitut München nahmen am 11. August in München Stellung zu Bestrebungen der bayerischen Regierung, das Kernkraftwerk Isar 2 weiterzubetreiben. Es müsse beim gesetzlich vorgeschriebenen Ende der Kernkraft mit dem 31. Dezember 2022 bleiben, forderten sie. Die Kraftwerke seien nicht mehr sicher, es gebe keinen neuen Brennstoff und ihr Beitrag zur Stromversorgung sei zu gering, um einen Weiterbetrieb zu rechtfertigen, so die Argumentation.

Die Diplom-Physikerin Oda Becker verwies darauf, das insbesondere im Kraftwerk Isar 2 die letzte physische Sicherheitsüberprüfung im Jahr 2009 stattfand. Danach seien weitere wegen der geplanten Abschaltung 2022 unterblieben. Es habe aber seitdem allein in Isar 2 mehr als ein Dutzend meldepflichtige Vorkommnisse gegeben. Es sei anzunehmen, dass es wie in den anderen beiden noch laufenden Kernkraftwerken, Neckarwestheim und Emsland, Risse in Bauelementen gebe, „es hat nur niemand mehr nachgeschaut“, so Becker.

Gesichert sei, dass es in Isar 2 die Verformung eines Brennstabs gab, so dass die Steuerelemente im Störfall nicht mehr funktioniert hätten. „Isar 2 ist nicht sicher, Radioaktivität tritt auch im Normalbetrieb aus“, schloss die Physikerin. Wenn die bayerische Regierung bereit sei, das Risiko für die Bevölkerung einzugehen, müsse die Bundesaufsicht verhindern, dass es weiterlaufe. Für die Kernkraftwerke fehle zunehmend in den heißen und trockenen Sommer auch das Kühlwasser, so dass sie nicht verlässlich Strom liefern könnten.

Gutachten des TÜV Süd zu Isar 2 nicht qualifiziert

Der Rechtsanwalt Ulrich Wollenteit verwies auf ein Gutachten, das er für Greenpeace erstellt hatte. Darin beurteilte er rechtlich das Schreiben des TÜV Süd vom April 2022, das einen Weiterbetrieb von Isar 2 als sicher bezeichnete und auf das sich die bayerische Landesregierung beruft. Wollenteit nannte das Schreiben ein „reines Gefälligkeitsgutachten, das den TÜV Süd als objektive Prüfstellung disqualifiziert“. So fehlten eine

Unterschrift und ein Datum, so dass es nicht rechtlich bindend zuzuordnen sei.

Der Greenpeace Atomexperte Heinz Smital führte an, dass vor der Abschaltung des bayerischen Kernkraftwerks Grundremmungen der sogenannte Streckbetrieb schon 76 Tage vor der Abschaltung begann. Er diene dem Abkühlen der Brennstäbe. Daher müsse der Abschalttermin jetzt bestätigt werden, um die Prozesse in Gang zu setzen.

Kernkraft könnte nur 1 % Gasverstromung ersetzen

Die verbliebenen Kernkraftwerke würden zudem nur so viel Strom erzeugen, dass damit maximal 1 % der Erdgasverstromung eingespart werden könnte, zitierte er eine Studie von Energy Brainpool. Die selbe Einsparung könnte sicher und kostenlos durch eine um ein halbes Grad geringere Raumtemperatur in allen Haushalten erreicht werden, sagte Smital. Daher sei die Energiesicherheit ein Scheinargument, um den Atomausstieg wieder zurückzudrehen. Dies nannte Smital eine „unverantwortliche Diskussion“.

Auch Richard Merkner, Vorsitzender des Bund Naturschutz in Bayern, forderte, „mit dem Energiesparen in Bayern endlich Ernst zu machen“. Er sehe dazu bislang kein Handeln der bayerischen Landesregierung, es gebe auch immer noch kein Klimaschutzgesetz. Lastmanagement, das Verlagern von Arbeitszeiten, das Aussetzen der Beschneidung von Skipisten seien nur einige mögliche Maßnahmen, sagte Merkner.

Hintergrund

Die bayerische Wirtschaft ist in einer besonders kritischen Lage, weil der Ausbau erneuerbarer Stromerzeugung über Jahre blockiert wurde und die Stromtrassen zur Lieferung von Windstrom aus dem Norden nicht rechtzeitig fertiggestellt wurden. Einzige Alternative zur Kernkraftleistung sind Gaskraftwerke, die möglicherweise nicht genug Brennstoff bekommen.

Der TÜV Süd hatte der Bayerischen Landesregierung

in einem Gutachten im April bescheinigt, dass Isar 2 aus Sicherheitsaspekten weiter betrieben werden und der bereits abgeschaltete Block in Grundremmingen wieder in Betrieb gehen könnte. Allerdings besteht die enge Verbindung des TÜV Süd mit der bayerischen Atomkraft bereits seit 1958 mit dem Bau des

Forschungsreaktors in München-Garching. Auch die Bundesregierung hegt massive Zweifel an dem Gutachten. „Diese drei Seiten entsprechen nicht den Maßstäben gutachterlicher Arbeit“, hatte ein Sprecher des Bundesumweltministeriums (BMUV) erklärt.